

# Bürger winken sämtliche Geschäfte durch

**UZNACH** Die letzte Bürgerversammlung unter Gemeindepräsident Erwin Camenisch verlief reibungslos. Er verteidigte die Jahresrechnung, die vom Budget um zwei Millionen Franken abweicht.

Amtsberichte und Jahresrechnungen der Politischen Gemeinde und der Wasserversorgung wurden von den 175 anwesenden Bürgern diskussionslos durchgewinkt. Auch der Bericht und der Antrag des Gemeinderats betreffend der Teilrevision der Gemeindeordnung für die Wahl der Lehrpersonen durch das Schulrektorat wurde grossmehrheitlich angenommen. Der scheidende Gemeindepräsident Erwin Camenisch, der dieses Amt seit über 12 Jahren ausübte, grüsste gleich zu Beginn seinen Nachfolger Christian Holderegger. «Ich wünsche dir viel Freude und Befriedi-

gung in deinem neuen Amt», meinte Camenisch zu Holderegger. Er würde am 1. Juli eine gute Gemeinde mit einer angenehmen Bürgerschaft übernehmen.

Dass statt eines budgetierten Defizits von 460 000 Franken ein Überschuss von 1,67 Millionen Franken erzielt wurde, hatte im Vorfeld der Versammlung nicht nur für Freude gesorgt. Die SVP warf die Frage auf, ob eine um zwei Millionen abweichende Budgetierung seriös sei. Wie die CVP fordert sie eine Senkung des Steuerfusses. Die Versammlung folgte derweil dem Vorschlag des Gemeinderats, 1,05 Millionen

«Gemeindepräsident ist ein wunderbarer Beruf.»

Erwin Camenisch,  
scheidender Gemeindepräsident

Franken des Überschusses für zusätzliche Abschreibungen zu verwenden, 629 000 Franken dem Eigenkapital zuzuschreiben.

Den Vorwurf eines unseriösen Budgets relativierte Camenisch mit einem Blick auf zehn Gemeinden der Region. Uznach liege mit knapp 6 Prozent Abweichung im Mittelfeld. Etwa Anden, Gommiswald, Schänis und Weesen hätten eine Abweichung von 10 Prozent festzustellen. Überall jedoch habe es bessere Abschlüsse als budgetiert gegeben. In Uznach habe man die Ausgaben senken können und höhere Einnahmen erwirtschaftet. Es bleibe aber schwierig, genau zu budgetieren. Zu einer Wortmeldung kam es den ganzen Abend nicht. Auch die Rechnung der Wasserversorgung schliesst mit

einem Überschuss von 322 000 Franken höher als vorgesehen ab. Budgetiert hatte man einen Gewinn von 204 000 Franken. Camenisch, der fast 28 Jahre im Gemeinderat gewirkt hat, war überzeugt: «Uznach hat seine Hausaufgaben gemacht.»

Die Infrastruktur sei in gutem bis sehr gutem Zustand und künftige Aufwendungen könnten ohne zusätzliche Verschuldung in Angriff genommen werden. Vizepräsident Felix Schnyder verabschiedete Camenisch, der einen herzlichen Applaus erhielt. Er würde sich ohnehin nur an das Positive erinnern, schmunzelte er. Er sei stets bemüht gewesen, korrekt zu sein und alle gleich zu behandeln. «Es ist ein wunderbarer Beruf, Gemeindepräsident zu sein», sagte er. *Markus Richter*

## Arbeitgeber sollen entlastet werden

**FAMILIE** Das Gesetz der Familienzulagen im Kanton wird überarbeitet. Weil neue Bundesbestimmungen gelten, sind einige Artikel hinfällig geworden.

Im Kanton St. Gallen soll das Familienzulagengesetz revidiert werden. Bis 2040 wird bei der Finanzierung ein Ertragsüberschuss von rund 94 Millionen Franken prognostiziert. Die Regierung will die Zulagen nicht erhöhen, sondern die Arbeitgeber entlasten. Das Familienzulagengesetz ist seit 1997 in Kraft. Zahlreiche Artikel seien wegen neuer Bundesgesetze hinfällig geworden, teilte die St. Galler Staatskanzlei mit. Das Gesetz sei zudem schwer lesbar. Deshalb gibt die Regierung nun eine Gesamtrevision in die Vernehmlassung. Darin geht es unter anderem um die Frage, ob die Familienzulagen im Kanton St. Gallen erhöht werden sollen. Ein Überblick zeigt, dass in den meisten Kantonen – wie in St. Gallen – 200 Franken ausbezahlt werden. Es gibt aber auch andere Beispiele: So betragen die Kinderzulagen im Kanton Zug 300 Franken, im Kanton Bern 230 Franken oder in Graubünden 220 Franken.

Die St. Galler Regierung beruft sich bei der Frage der Erhöhung auf eine von ihr in Auftrag gegebene Studie von Ecoplan, die zum Schluss gekommen sei, dass «die konkrete Wirkung von Familienzulagen für Familien gering ist».

### Überschuss von 94 Millionen

Spielraum wäre vorhanden: Die Analyse des Finanzierungsgrades des Zulagensystems hat nämlich gezeigt, dass bis 2040 ein Überschuss von rund 94 Millionen Franken «erwirtschaftet» wird. Damit könnten die Zulagen um 70 Franken erhöht werden oder der Beitragssatz der Arbeitgeber von 1,6 auf 1,2 Prozent gesenkt werden, rechnet die Regierung in den Unterlagen zur Vernehmlassung vor. «Nicht zuletzt aus Gründen der Standortattraktivität» ziehe sie die Entlastung der Arbeitgeber vor. Andere Instrumente wie Betreuungsgutschriften oder Familienergänzungsleistungen wären zur Entlastung von Familien an der Armutsgrenze und von Working-Poor-Familien besser geeignet, argumentiert die Regierung. Betreuungsgutschriften liessen sich aber derzeit nicht umsetzen. Der Deckungsgrad der familienergänzenden Kinderbetreuung sei zu gering. Familienergänzungsleistungen seien zwar «denkbar», würden aber vertiefte Abklärungsbedingungen.

Die Vernehmlassung zum Familienzulagengesetz dauert bis zum 10. August. *sda*

## Ein Strassenschild soll Einsprachen verhindern



Das neu montierte Schild an der Hanfländerstrasse dient als erste Massnahme gegen den zunehmenden Schleichverkehr und soll unbefugte Fahrzeuge fernhalten.

Michael Tröst

**RAPPERSWIL-JONA** Die Hanfländerstrasse soll nach Ansicht der Stadt provisorisch verbreitert werden. Da der Widerstand aus der Bevölkerung zu gross wurde und die Stadt juristische Konsequenzen befürchtete, werden die Baupläne nun öffentlich aufgelegt.

30 bis 80 Zentimeter. Um so viel sollte die Hanfländerstrasse in Rapperswil-Jona verbreitert werden, damit in Zukunft grössere Busse die Quartierstrasse befahren können. Denn die Zahl der Pendler, die täglich den Stadtbuss Nummer 993 besteigen, nimmt konstant zu. Die Fahrgastzahlen stiegen 2015 auf über 1,6 Millionen Passagiere. Die Kleinbusse sind regelmässig völlig überfüllt. Aus diesem Grund setzt die Stadt zu Stosszeiten einen zweiten Bus ein. Als langfristige Lösung will sie die Strasse verbreitern.

Die Pläne des Stadtrats passen einigen Anwohnern aber gar nicht. Schon jetzt werde die Strasse zunehmend von privaten Fahrzeugen als Schleichweg benutzt – obwohl eigentlich nur der Zubringerdienst gestattet wäre.

Sollte die Strasse verbreitert werden, nehme der Verkehr noch mehr zu und gefährde Kinder und Velofahrer, befürchten die Quartierbewohner.

### Petition eingereicht

Um ein solches Szenario zu verhindern, startete Christoph Leser zusammen mit weiteren Anwohnern Anfang April eine Petition. «Wir fordern einen versenkten Poller in der Mitte der Hanfländerstrasse, zwischen der Bildau- und Spinnereistrasse», sagt Leser. Dadurch könne verhindert werden, dass auch bei einer breiteren Strassenführung unbefugte Fahrzeuge die Passage als Schleichweg nutzen würden. Das Anliegen fand grossen Anklang. Innerhalb kürzester Zeit unterschrieben 414 Leute und die

Petition konnte Mitte April bei der Stadt eingereicht werden.

Im Stadtrat werde das Anliegen der Bevölkerung diskutiert, sagt Thomas Furrer (parteilos), Stadtrat und Bauvorsteher von Rapperswil-Jona. «Doch bis zum Ablauf der Frist Ende Juni werden noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen», sagt Furrer weiter.

### «Nur Provisorium»

Höchst umstritten ist zudem das Argument des Stadtrates, dass die Strassenverbreiterung lediglich ein Provisorium sei und nur zehn bis fünfzehn Jahre bestehen würde. Für Leser ist diese Aussage lächerlich. «Bei dieser Zeitdauer kann man kaum noch von einem Provisorium sprechen», sagt er. Ob ein Strassenbauprojekt in diesem Umfang noch als Provisorium bezeichnet werden darf, ist tatsächlich juristisch höchst umstritten. Um langwierige Rechtsstreitigkeiten mit den Anwohnern zu umgehen, hat sich die

Stadt daher dazu entschieden, das Projekt Ende Mai öffentlich aufzulegen. Dadurch hat die Bevölkerung die Möglichkeit, Einsprache zu erheben. «Damit muss bei der momentanen Situation leider gerechnet werden», sagt Furrer.

### «Leichte Verkehrsabnahme»

Zur verbesserten Sichtbarkeit der geltenden Verkehrsregelung, hat die Stadt bereits erste Massnahmen getroffen. Eine grössere Signalisationstafel soll Fahrzeuglenker darauf aufmerksam machen, dass lediglich der Zubringerdienst gestattet ist. «Die verbotene Durchfahrt ist jetzt für alle gut sichtbar und klar», bestätigt Furrer.

Petitionsführer Christoph Leser ist froh, dass dieser erste Schritt Richtung Verkehrsberuhigung unternommen wurde. «Das Schild wurde vor Jahren einfach abgenommen. Dank der Petition wurde es nun wieder montiert», sagt er. Tatsächlich

habe der Verkehr seither leicht abgenommen. Den Rückgang aufzulegen, überlege man sich, Einsprache gegen das gesamte Projekt zu erheben.

So verzwickelt die Situation momentan auch ist, sie konnte auch für einige Lacher sorgen. Denn das neu montierte Schild wies zuerst einen grösseren Schreibfehler auf. Statt «Fahrzeuge gestattet» hiess es «Fahrzeuge gestattet». Ein Bild des fehlerhaften Schilds wurde gleich auf den sozialen Netzwerken verbreitet, wo der Tippfehler für allgemeine Bestätigung sorgte. Die fehlerhafte Tafel wurde unterdessen durch ein korrekt beschriebenes Schild ersetzt. *Dina Wyler*

## Impressum

Redaktion Zürichsee-Zeitung Obersee  
Seestr. 86, 8712 Stäfa.  
Telefon: 055 220 42 42.  
E-Mail: redaktion.obersee@zsz.ch.  
E-Mail Sport: sport@zsz.ch. Online: www.zsz.ch.

### REDAKTIONSLEITUNG

Chefredaktor: Benjamin Geiger (bg).  
Stv. Chefredaktor: Philipp Kleiser (pk).  
Leiter Regionalredaktion: Conrad Knabenhans (ckn).

### ABOSERVICE

Zürichsee-Zeitung: AboService, Seestr. 86, 8712 Stäfa. Telefon: 0848 805 521. Fax: 0848 805 520. abo@zsz.ch. Preis: Fr. 418.– pro Jahr. Online-Abo: Fr. 289.– pro Jahr.

### INSERATE

Zürcher Regionalzeitungen AG, Alte Jonastr. 24, 8640 Rapperswil. Telefon: 044 515 44 66. Fax: 044 515 44 69. E-Mail: rapperswil@rzr.ch. Todesanzeigen über das Wochenende: anzeigenbruch@tamedia.ch. Leitung: Jost Kessler.

### DRUCK

DZZ Druckzentrum Zürich AG.  
Die Verwendung von Inhalten dieses Titels durch nicht autorisierte ist untersagt und wird gerichtlich verfolgt.